

OFFENER BRIEF

An
den Innenminister des Landes Brandenburg Herr Schröter
den Oberbürgermeister der Stadt Cottbus Herr Kelch

In Kopie an
den Bundespräsidenten Herr Steinmeier
den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Herr Woidke
den Justizminister des Landes Brandenburg Herr Ludwig
die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des
Landes Brandenburg Frau Golze

Eine Tschetschenische Stellungnahme aus erster Hand zur Situation in Cottbus

Sehr geehrter Herr Innenminister Schröter,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister der Stadt Cottbus Kelch,

Wir wenden uns als tschetschenische Familien aus Cottbus an Sie, um Ihnen unsere Perspektive auf die Ereignisse der Woche vom 12.06. bis 17.06.2018 zu schildern. Vorrangig ist der Brief aus der Perspektive der festgenommenen Männer geschrieben. Wir wissen, dass dieser Brief sehr lang ist, aber wir möchten nun endlich auch einmal zu Wort kommen, denn wir möchten auch Teil dieser Gesellschaft sein, was Sie uns bisher verwehren. **Wir möchten uns auch dagegen wehren, wie durch Politik und Medien ÜBER uns geredet wird, aber nie jemand MIT uns redet. Bisher hat niemand MIT uns geredet.** Weder Polizei, Politik, Stadtverwaltung noch Medien. Wenn Sie mit uns reden würden, dann würden Sie merken, wie unterschiedlich wir sind und dass zum Beispiel gar nicht alle Männer aus Tschetschenien sind. Wir sind jung, wir sind alt, wir haben verschiedene Hintergründe. **Sie können über uns nicht als homogene Gruppe sprechen.**

Aber egal wie unterschiedlich wir sind, der Vorfall am 12.06.2018 und die nachfolgenden Ereignisse zeigen, dass wir **am Ende für Sie DIE Tschetschenen sind und die Schuldfrage schon geklärt zu sein** scheint, ohne mit den Menschen

zu reden. Das ist nicht das erste Mal so, sondern wir haben dies schon in Eisenhüttenstadt und in anderen Städten in Brandenburg erlebt.

Am frühen Abend des 12.06.2018 kam es zu einer Auseinandersetzung, in deren Folge tschetschenische und afghanische junge Männer verletzt worden sind. Wir lehnen diese Gewalt ab, aber körperliche Auseinandersetzungen sind leider eine Realität in den Heimen. Das ist nicht zuletzt der Unterbringungsform an sich geschuldet. Dass etwas passiert ist bedeutet nicht, dass Unbeteiligte stigmatisiert und eine ganze Gruppe von Menschen in Sippenhaft genommen werden darf. Wie auch bei Deutschen oder Afghanen, haben wir unsere ‚Sorgenkinder‘, die manchmal über die Stränge schlagen. **Aber niemand, egal ob beteiligt oder nicht, darf rechtswidrig behandelt werden.**

Am späten Abend sind wir mit unseren Familien nach dem Fastenbrechen, was gegen 21.30 Uhr war, aus unseren Wohnungen auf den Parkplatz vor die Hegelstraße gegangen. Auch einige weitere Menschen sind zum Fastenbrechen oder dem anschließenden Nachtgebet dazugekommen. Einige Menschen waren auch da, weil sie informiert worden sind, dass ein Tschetschene mit einem Messer verletzt worden ist und wissen wollten, was eigentlich passiert ist, da sie nicht dabei gewesen sind. Wenn einem Freund von Ihnen etwas zustößt, würden Sie nicht auch der Familie Beistand leisten wollen? Wie jeden Tag waren viele verschiedene Menschen draußen, Frauen, Kinder und Männer. In dem Moment, wo wir zum gemeinsamen Gebet in die Wohnungen zurückwollten, wurden wir von der Polizei eingekesselt und mit den Frauen gemeinsam versammelt. Uns wurde gesagt, dass sie eine Personenkontrolle durchführen wollen und wir einzeln antreten sollten. Nachdem eine Person fotografiert und seine Personalien aufgenommen wurden, entschloss sich die Polizei aus uns nicht ersichtlichen Gründen, dass sie alle Männer in Handschellen vor den Augen unserer Kinder abtransportieren und in Gewahrsam nehmen. Einige Menschen, welche aus Neugier aus den Wohnungen rauskamen, wurden auch sofort mitgenommen. Die Verhaftung eines blinden Mannes, der mit uns draußen stand, konnten wir nur unter Protest verhindern. Leider wurden weitere schwer erkrankte oder behinderte Menschen nicht berücksichtigt. Ein Mann mit Epilepsie zeigte seinen Schwerbehindertenausweis. Ein weiterer Mann beschrieb der Polizei seine Schmerzen aufgrund der Prothese. All dies wurde von der Polizei nicht beachtet.

Wäre die Polizei an einer wirklichen Aufklärung des Vorfalls interessiert gewesen, hätte sie mit den Menschen schon (viel) früher reden können und der Schaden, den ALLE erlitten haben, wäre geringer gewesen. Während der Festnahme als auch bei der Polizeiwache in der Nacht bot ein Tschetschene, welcher seit seiner Kindheit in Brandenburg lebt, seine Hilfe an zu übersetzen, den Fall aufzuklären und zu

vermitteln. Dies wurde auch an die Einsatzleitung weitergegeben, aber nicht weiter darauf eingegangen.

Doch die Unverhältnismäßigkeit und Schikane durch die Polizei ging in Gewahrsam weiter. Wir hatten erwartet, dass uns von der Polizei erklärt wird, auf welcher Grundlage wir festgehalten werden. So wie in einem Rechtsstaat üblich. Wir sind davon ausgegangen, dass man uns nach der Identitätsfeststellung wieder gehen lässt. In jedem zivilisierten Staat besteht das **Prinzip der Unschuldsvermutung**. So lange keine Schuld bewiesen ist, muss jemand wie ein Unschuldiger behandelt werden. Das Prinzip wurde auf uns nicht angewandt. Viele von uns haben sich nicht einmal in der Nähe des Heimes befunden, als die körperlichen Auseinandersetzungen stattfanden, sondern waren z.B. in Berlin oder in Cottbus einkaufen.

Die Bedingungen, unter denen wir festgehalten wurden und die Behandlung durch die Polizei, widersprachen den Menschenrechten und dem Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Doch unsere Würde, wurde in dieser Nacht angegriffen

- **Von verschiedenen Menschen wurde sich vehement auf das Recht berufen, ihre Familie oder Anwalt anzurufen, was ihnen mit einem kaltschnäuzigen ‚Nein‘ oder ‚Wisst ihr nicht wo ihr seid?‘ verwehrt wurde.**
- Mehrere Personen sind schwer krank und auf regelmäßige Medikamenteneinnahme angewiesen. Während einem Mann zwar die Herzmedikamente gelassen wurden, wurde ihm aber auf Nachfrage kein Wasser zur Einnahme gewährt. Eine weitere Person hat zwei Medikamenteneinnahmen versäumt und litt noch die Tage darauf deswegen an starken Magenschmerzen. Auch weitere Personen klagten über Schmerzen bei der Festnahme, in der Zelle und während des Fotografierens, was von der Polizei ignoriert wurde bzw. wurde die Luke rabiat geschlossen.
- Die Klimaanlage lief die ganze Nacht so stark, dass viele von uns die nächsten Tage an einer Erkältung erkrankten. Ein Mann mit chronischen Beschwerden bat aufgrund der Kälte um Decken, was wieder nur mit einem kurzen, aggressiven ‚Nein‘ verwehrt wurde.
- Während des Toilettengangs wurden wir gezwungen, die Schuhe auszuziehen und barfuß den feuchten, unhygienischen Toilettenboden zu betreten und durften die Türen auch nicht hinter uns schließen.

- Die meisten Männer haben zu diesem Zeitpunkt im Rahmen des Ramadans gefastet. Bis ungefähr 2.30 Uhr morgens hätten wir essen und trinken können. Im Auftrag der Frauen wurde ungefähr 1.30 Uhr bei der Polizei angerufen, wo darum gebeten wurde, uns Männern Essen und Trinken in der nächsten Stunde zu bringen. Dies ist nicht passiert. Wie schon bei der Medikamenteneinnahme wurde uns Wasser immer wieder verweigert. Verwunderlich ist aber, dass zum gleichen Zeitpunkt einige Afghanen eine Aussage bei der Polizei machten, wo ihnen Essen und Trinken angeboten wurde mit der Aussage: Sie wissen ja dass es Ramadan sei und sie bald mit dem Fasten beginnen müssen. Wenn das der Polizei bekannt war, warum wurde auf uns keine Rücksicht genommen? Für wen gilt in Deutschland die Religionsfreiheit?
- Ein Mann musste, nachdem er nach Wasser gefragt hat, seine Hose ausziehen und die weitere Zeit in der Zelle nur mit seiner Unterhose bekleidet verbringen. Auch weitere Männer mussten nur in Unterhose bekleidet in der Zelle ausharren.

Wir mussten auch noch weitere Erniedrigungen aushalten, die wir gar nicht aussprechen mögen. Nachdem man uns über 13 Stunden festgehalten hat, wurden wir frei gelassen. Ohne Protokoll. Ohne, dass man uns mitteilte, was uns vorgeworfen wurde. Ein Jurist unter uns fragt nach dem Paragrafen, auf welchen sich die Ingewahrsamnahme bezieht, aber das wurde ihm nicht mitgeteilt. Ihm wurde nur mitgeteilt, dass es kein Protokoll gibt bzw. auch nicht geben wird.

Die unrechtmäßige Ingewahrsamnahme hatte nicht nur körperliche und psychische Konsequenzen für uns, sondern auch für unsere Familien. Die meiste Zeit hatten wir Angst um unsere Familien. Unsere Frauen konnten teilweise nicht einmal informiert werden, warum wir nicht nach Hause kamen. Die Frauen und Kinder in der Hegelstraße wurden verängstigt im Heim in der Hegelstraße zurückgelassen. Sie fürchteten sich auch davor, in der Nacht angegriffen zu werden. Mehrere Frauen standen kurz davor zu kollabieren, was unbeaufsichtigte Kinder zur Folge gehabt hätte. Auch über diesen Zustand wurde die Polizei telefonisch informiert, was aber nur gleichgültig aufgenommen wurde. Sozialarbeiter des Heimes waren in der Nacht nicht vor Ort, um unseren Familien Beistand zu leisten. In dem Falle eines Mannes, der mit seiner Familie in einer Wohnung außerhalb der Unterkunft wohnt, leidet die Frau unter starken Depressionen und das Kind ist zu 100% schwerbehindert. Die Polizisten wurden von ihm auf zwei Arzttermine des kranken Kindes am 13.06.2018 aufmerksam gemacht und dass es für seine Frau unmöglich

sei, mit beiden Kindern ohne Unterstützung die Termine wahrzunehmen. Das Ersuchen wurde von der Polizei ignoriert.

Jeder von uns hat seine eigene Geschichte, wie er von den Polizisten schikaniert, erniedrigt und ihm Rechte verwehrt wurden. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt und bei Weitem nicht vollständig. Die Handlungen der Polizei erinnerten viele von uns an die negativen Erfahrungen in Tschetschenien und Russland.

Doch die Unverhältnismäßigkeit hörte mit der Entlassung nicht auf. Einige Männer von uns, welche in der Hegelstraße wohnen, mussten nach ihrer Entlassung fünf Stunden vor ihren Wohnungen wegen der Razzia warten. Unsere Familien mussten erleben, wie unsere Wohnungen komplett auseinandergenommen wurden. Bei einer Familie war die Polizei über 4 Stunden. Es wurden selbst unsere Kinder und ihre Schulrucksäcke durchsucht, als sie von der Schule heimkamen. Selbst ein 7-jähriger Junge mit Downsyndrom! Während der Razzia waren weiterhin viele Frauen, denen es nicht gut ging, allein mit den kranken Kindern zu Hause. Eine Frau ist mit den Kindern aufgrund der Situation erst einmal aus Cottbus geflüchtet. Zwei Männer wurden während der Razzia mit gezogener Waffe aus ihren Wohnungen geholt. In einem Fall wurde selbst seine Frau mit dem Baby auf dem Arm an die Wand in der Wohnung gestellt, mit der Waffe an den Kopf. Wieder vor den Augen der Kinder. Eine kleine Tochter reagiert seit den Polizeieinsätzen jedes Mal panisch, wenn ein Polizeiauto vorbeifährt und fragt, ob sie jetzt abgeholt wird.

Die Willkür der Polizei traf noch mehr gänzlich unbeteiligte Personen. Am Abend des 13.06.2018 wurde das Auto eines tschetschenischen Augenarztes, welcher am Carl-Thiem-Klinikum arbeitet, nach einem Besuch bei einem tschetschenischen Freund umstellt. Mit vollautomatischen Maschinenpistolen ausgerüstet nahmen die Polizisten das Auto des Arztes komplett auseinander.

Der Höhepunkt der Willkür der Polizei wurde über das Wochenende vom 15.06 bis 18.06.2018 erreicht. Mit der Begründung eines Tatverdachts, aber immer noch ohne unsere Befragung, wo wir uns am Dienstagabend aufgehalten haben, wurden ab Freitagabend vielen Männern Aufenthaltsverbote von der Polizei persönlich überreicht. Das Aufenthaltsverbot wurde mit dem Stadtfest begründet, aber sah ein Verbot für komplett die Stadtmitte und Sandow für die Dauer von drei Tagen vor. Sechs Personen wurden damit quasi unter Hausarrest gestellt, da sie in diesem Areal wohnen. Eine Person hätte eigentlich auf dem Stadtfest arbeiten müssen. **Das Areal des Stadtfestes war nicht einmal EIN ZEHNTTEL des gesamten Sperrgebietes!** Allein dieser Punkt: **Ist das Verhältnismäßigkeit?** Der Bescheid gab an, uns nicht in unseren persönlichen Grundrechten einzuschränken, aber er schränkte uns unter anderem in unserer Religionsfreiheit ein. Der Gebetsraum an der Universität lag im Sperrgebiet. An genau den drei Tagen unseres Zuckerfestes

durften diese sechs Personen nicht das Haus verlassen. Alle weiteren Familien wurden erheblich eingeschränkt, Familie und Freunde während der Zeit des Festes zu besuchen. Für Familien in Schmellwitz war es nicht möglich, Freunde in Sandow oder Sachsendorf zu besuchen. Wie würden Sie sich fühlen, wenn es ihnen an Weihnachten verboten wird aus dem Haus zu gehen oder Ihre Familie zu besuchen?

Die Situation, die Polizeieinsätze und der weitere Umgang mit uns hat uns allen einen starken Schaden zugefügt! Nicht nur den kranken Männern, sondern auch Frauen und Kindern. Die Erlebnisse lassen auch 3 Wochen später unsere Familien verstört da. Viele unserer Kinder reagieren jedes Mal panisch, wenn sie ein Polizeiauto sehen. Sie denken, dass sie jetzt abgeholt werden. Einige Frauen brechen beim Erzählen über das Erlebte immer noch unter Tränen zusammen. Die Polizei hat in ihren Einsätzen ähnliche Bilder produziert, wie wir sie schon aus Tschetschenien kennen!

Das Schlimme ist, dass wir als Gruppe durch Sie, die Politik und die Medien immer als Bedrohung dargestellt werden. Die Gewalttaten, die durch Deutsche verübt werden, finden nicht so eine große mediale Beachtung. Warum? Unsere Freunde wissen wie wir sind, ob freundlich oder böse, aber Sie, die uns nicht kennen, befeuern den anti-tschetschenischen und anti-muslimischen Rassismus in Cottbus und Brandenburg noch viel mehr mit Ihren uninformierten Aussagen. Sie bedienen in Brandenburg koloniale Klischees, mit denen schon Russland unsere Unterdrückung gerechtfertigt hat. Weil wir es leid sind, ständig durch den Dreck gezogen zu werden und öffentlich diffamiert und bloßgestellt zu werden, wenden wir uns mit diesem offenen Brief an Sie.

Herr Schröter und Herr Kelch, Sie reden über ‚Netzwerke‘ und probieren damit Ängste zu schüren. Meinen Sie damit etwa unsere An- und Verkauf-Whatsappgruppen oder die Gruppen mit unseren Familienmitgliedern? Solche Gruppen gibt es auch unter Deutschen. Sie stellen hier Dinge als Bedrohung dar, welche Sie bei deutschen Personen nicht hinterfragen würden. Wir sind genauso Menschen wie Sie auch.

Das Problem ist, dass Sie, die Polizei und die Medien immer über uns reden, aber nicht mit uns! Es wurde nicht vor, während oder nach der Festnahme mit uns geredet! Nur die Heimleitung in der Hegelstraße hat einige Tage später eine bevormundende Ansage gemacht.

Auf unsere Initiative hin, hat der tschetschenische Ältestenrat bei der Stadt nach Räumlichkeiten gefragt, um mit uns über die Situation in Cottbus zu sprechen und die Situation in Deutschland besser kennenzulernen. Diese Räumlichkeiten wurden

verweigert, mit dem Hinweis, dass man auf eine ‚interne Lösung‘ setze. Wir fragen uns, was ist diese ‚interne Lösung‘? Wollen Sie wieder über unsere Köpfe hinweg entscheiden? Sind wir nicht Bewohner dieser Stadt? Oder heißt ihre ‚interne‘ Lösung ganz nach dem Motto der europäischen Abschottungspolitik: abschieben, abschieben, abschieben?!

Wir wurden zu Hause unterdrückt. Wir haben in Russland dieses Unrecht und die Gesetzlosigkeit erfahren! Wir sind vor Gewalt und Willkür von Sicherheitsbehörden geflohen in der Hoffnung auf Gerechtigkeit. Warum erleben wir das Gleiche auch hier in Cottbus, Brandenburg und Deutschland? Uns wird von Ihnen vorgeworfen, dass wir vor Gewalt fliehen und hier Gewalt ausüben würden. Aber es kann doch auch nicht sein, dass wir vor Unrecht fliehen und hier genau das Gleiche erleben! Um es mit Ihren Worten Herr Kelch zu fragen: ‚Wo leben wir denn?‘ Sie vergessen bei solchen Aussagen nicht nur die strukturellen Bedingungen wie Heimunterbringung, die zu Konflikten beiträgt, sondern auch dass die allermeisten Tschetschenen in Cottbus friedlich leben.

Wir protestieren auch im Interesse der deutschen Bevölkerung gegen diese unverhältnismäßige und unrechtmäßige Behandlung. Aus unseren Erfahrungen im Nordkaukasus wissen wir, dass was erst an Minderheiten ausprobiert wird, wie willkürliche Ingewahrsamnahmen oder Überwachung, wird 10 Jahre später auf die gesamte Bevölkerung eines Landes ausgeweitet.

Wir bitten um Aufklärung über das unverhältnismäßige Handeln der Polizei und möchten, dass die Verantwortlichen für die Schikanen zur Rechenschaft gezogen werden.

- Wir fordern Aufklärung über die Ungerechtigkeit, die wir erlebt haben!
- Wir fordern die Überprüfung des Polizeieinsatzes und die durchgeführten Maßnahmen!
- **Wir fordern Sie auf, dass die Cottbusser Polizei ihre Fehler im Bezug auf ihr Handeln uns gegenüber eingesteht!**
- **Wir fordern, dass die Ermittlungsergebnisse ebenfalls in der Presse veröffentlicht werden und eine Korrektur der Darstellung erfolgt.**
- Wir fordern weiterhin, dass die Polizei aufhört die Daten an die Ausländerbehörde zu übermitteln ohne, dass es eine Verurteilung gibt. **Wir sehen das überzogene Handeln der Polizei als Strategie, Abschiebegründe bewusst zu produzieren!**

- Wir fordern Sie auf, dass die falschen Tatsachen richtiggestellt werden, welche uns als Tschetschenen diskreditieren!
- **Wir fordern, dass die rassistischen Voreinnahmen gegenüber Tschetschenen in Brandenburg endlich aufhören und wir als MENSCHEN mit allen Rechten wie jeder andere auch auf- und wahrgenommen werden!**
- Wir fordern Sie weiterhin auf, Asylpolitik und Sicherheitspolitik nicht miteinander zu vermischen. Das Einzige was in diesem Diskurs helfen würde, wäre wenn Sie die strukturellen Probleme lösen. Für Tschetschenen, aber auch alle anderen Flüchtlinge, heißt das konkret:
 - Unsere Fluchtgründe müssen ernst genommen und ein sicherer Aufenthalt gewährleistet werden!
 - Keine Unterbringung mehr im Heim, sondern in Wohnungen! Eine dezentrale Unterbringung ist wichtig für mehr Integration und ein Leben in Würde! Viele Familien und andere Geflüchtete werden schon seit Jahren im Heim ‚verwahrt‘! Eine wirkliche gesellschaftliche Teilhabe ist so unmöglich!
 - Wir brauchen Zugang zu Sprache und Arbeit!
 - Es muss ein stärkeres Engagement der Stadt gegen Rassismus geben!

Wir hoffen auf Ihre Rückmeldung!

Mit freundlichen Grüßen,

die Unterzeichner – auf der nächsten Seite

Cottbus, 01.07.2018

Bei Rückfragen und Rückmeldungen, bitte wenden Sie sich an:

menschen.cb@inbox.ru

Unterzeichner des Offenen Briefes

25 tschetschenische Familien aus Cottbus

* Eine Liste mit den Namen der Unterzeichner wurde an die Adressaten übermittelt. Wir bitten zu verstehen, dass wir aus Schutzgründen (siehe Fluchtgründe Tschetschenien) von einer breiten Veröffentlichung der Namen absehen. Die Liste kann aber im persönlichen Gespräch vorgelegt werden.

* Der Brief wurde mithilfe von Dolmetschern geschrieben.